

Mit dem Kapitalismus arbeiten

Thomas Piketty, bewunderter und geschmähter Ökonomie-Forscher aus Paris, sprach am 11. März öffentlich in Zürich. Darüber wurde andernorts geschrieben. P.S. berichtet über die Diskussion in kleiner Runde.

Claudia Nielsen

Die NZZ lässt an Pikettys* Forschung kaum ein gutes Haar und meldete über seinen Auftritt pikiert, wie rasch er hinter verschlossener Tür zu einer kleinen Runde mit Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten verschwand. Was die NZZ nicht meldete: Es waren augenfällig viele Junge. Piketty jongliert mit grossen Datensätzen – sie sind auf seiner Website einsehbar –, analysiert damit die Wirtschaft über mehr als ein Jahrhundert, bereitet die Resultate verständlich auf und präsentiert seine Forschung ebenso. Auch daran dürfte es liegen, dass seine Werke Bestseller sind. Der Inhalt gefällt bei Weitem nicht allen.

Tanz mit Daten

Pikettys Grundthese ist, dass der Grad gesellschaftlicher Ungleichheit auf politischen Entscheiden fusst und nicht etwa ökonomischen Naturgesetzen. Er misst über lange Zeiträume die Prosperität anhand des Nationaleinkommens und stellt sie in Zusammenhang mit ökonomischer Ungleichheit. Diese war in den westlichen Industrieländern in den drei Jahrzehnten nach dem Zweiten Weltkrieg tiefer als vorher und nachher.

Piketty erläuterte den Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten in englisch und in rasantem Sprechtempo, diese tiefe Ungleichheit sei den damals hohen Maximalsteuersätzen auf Vermögen zu verdanken. Gerade die USA seien mit bis zu 90 Prozent nicht nur in der Steuersatzhöhe Meister gewesen, sondern auch in der wirtschaftlichen Prosperität. Das war die Zeit der Tellerwäscher-Träume, der wirtschaftlichen Perspektiven, des Aufbaus von Unternehmen, der Erfindungen. Heute seien das für mindestens die Hälfte der Bevölkerung tempi passati. Ökonomische Zwänge raubten vielen Freiheit und Perspektive, während die «obere Hälfte» sich kaum vorstellen könne, wie es sich so lebe. Die Kausalität mag so sein, dass tiefere Ungleichheit zu höherer Prosperität führt. Ob es auch umgekehrt möglich und wiederholbar sei, blieb offen. «Das ist, was wir wissen, und etwas anderes wissen wir nicht. Ich kenne kein besseres Argumentarium als die Geschichte.»

Weg mit dem Reaganschen Narrativ

Die Sozialdemokratie erliege immer noch dem Reiz des Reaganschen Narrativs:



Auftritt vor vielen jungen Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten: Thomas Piketty mit SP-Regierungsrätin Jacqueline Fehr (links) und Moderatorin Isabel Martinez. zVg.

Ungleichheit bringt Prosperität, indem sie das Streben nach oben fördert. Vorübergehend mehr Ungleichheit ist der Preis für mehr Prosperität später und für alle – jene oben schaffen Wohlstand und lassen ihn diffundieren. Davon habe sich die Sozialdemokratie ungenügend verabschiedet.

In den vergangenen Jahrzehnten habe die Ungleichheit für alle wahrnehmbar wieder zugenommen. Die «untere Hälfte» begreife, dass der Tellerwäscher-Traum ausgeträumt sei. Im Gegensatz zu früher, wo viele Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten der «unteren Hälfte» angehört hätten, seien sie nun, auch dank der Nachkriegsjahrzehnte und dem Bildungssystem, nahe bei der «oberen Hälfte». Von ihnen Aufstiegsmöglichkeiten versprochen zu bekommen, stosse jenen, die keine sähen, sauer auf. Auch deshalb habe die Sozialdemokratie Anhängerinnen und Anhänger verloren.

Ebenso empfänden viele Menschen die Hoffnung auf das Bildungssystem als heuchlerisch. In Frankreich gingen gegen dreimal mehr Euro in die Bildung wohlhabender Menschen. Sie seien länger in Ausbildung, gingen an teurere Institutionen und könnten sich mehr Weiterbildung leisten. Die Sozialdemokratie sei zur Bewahrerin des Bildungssystems geworden und selber stark darin engagiert. Einfach die Mittel für Bildung zu erhöhen, könne nicht die Lösung sein und ebenso wenig, dass alle Menschen an die Uni gingen.

Vielmehr müssten Bildungswege individuell sein und am Schluss genug finanzielle Ausstattung vorhanden, um in eine realistische Perspektive zu investieren.

Eigentum okay, Steuern okay

Die Frage, ob es eine Bodenrechtsreform brauche, um privates Grundeigentum oder dessen chinesischen Aufkauf in Afrika zu begrenzen, beantwortete Piketty mit: Steuern. Besteuerung von Grundeigentum habe lange Tradition, wenn auch eher als Gebühr fürs Grundbuch oder Ähnliches. Würde Grundeigentum stark progressiv besteuert, wirke dies der Konzentration in wenigen Händen entgegen – erst recht, wenn die Steuersätze örtlich differierten. Für die Besteuerung globaler Unternehmen empfiehlt Piketty zur Verhinderung von Steuerdumping, die Steuersätze an die jeweils höheren anzugleichen. Hatte jemand gehofft, Piketty würde sich für ein Verbot privaten Grundeigentums aussprechen, wurde sie enttäuscht. Er arbeitet durchaus mit Kapitalismus-kompatiblem Argumentarium, setzt dessen Instrumentarium aber anders ein. Auch für diesen Austausch war die Stunde kurz, zu kurz etwa für den Weg zu mehr Gleichheit zwischen den Geschlechtern oder zu Mehrheiten für Pikettys Steuerempfehlungen.

* Thomas Piketty: *Kapital und Ideologie*, C.H. Beck 2020 – es wird in der nächsten Buchbeilage ausführlich beschrieben.